



## PRESSEINFORMATION

27. Juni 2015

**Rechtsanwalt Bernhard Docke: „Minister Steinmeier hat gelogen“**

### **Amnesty: Berlin kooperiert mit Menschenrechtsverletzern**

**Amnesty-Generalsekretärin Selmin Çalışkan, taz-Chefredakteurin Ines Pohl, Rechtsanwalt Bernhard Docke und Mechthild Wenk-Ansohn vom Behandlungszentrum für Folteropfer Berlin rufen Politiker auf, sich gegen Folter einzusetzen. Berliner demonstrieren vor Botschaften von Folterstaaten.**

Amnesty International hatte für den 26. Juni aufgerufen, gegen Folter zu protestieren. Mehr als 200 Berliner Bürger beteiligten sich an einer Fahrraddemonstration anlässlich des Internationalen Tags zur Unterstützung der Folteropfer. Auf dem Weg von der mexikanischen Botschaft in der Klingelhöfer Straße zum Alexanderplatz unterbrachen die Demonstranten ihre Route, um vor weiteren Botschaften von Folterstaaten das Ende der Folter zu fordern. Der Amnesty-Bezirk Berlin-Brandenburg hatte 5 Länder unter 131 Folterstaaten ausgewählt: Mexiko, Saudi-Arabien, USA, Nigeria und China. Am Abend besuchten gut 100 Zuhörer eine Podiumsdiskussion an der Humboldt-Universität. Moderatorin war taz-Chefredakteurin Ines Pohl. Sie diskutierte mit Amnesty-Generalsekretärin Selmin Çalışkan, Rechtsanwalt Bernhard Docke und Mechthild Wenk-Ansohn vom Behandlungszentrum für Folteropfer Berlin über Schritte zur weltweiten Eindämmung der Folter.

"Die Bundesregierung kooperiert mit notorischen Menschenrechtsverletzern", erklärte Selmin Çalışkan zu Beginn der Diskussion an der Humboldt-Universität. Dazu zählten nicht nur bekannte Wirtschafts- und Rüstungspartner wie Saudi-Arabien, sondern zum Beispiel auch der „Folterkeller Usbekistan“. Für Amnesty seien Kampagnen wichtiger als Gespräche mit Politikern. Wirtschaftsvertreter erübrigten nie Zeit, um Verhandlungspartner auf Menschenrechtsverletzungen hinzuweisen. „Aber wenn wir Petitionen in Botschaften abgeben, macht es Autsch.“ Sie verlangte als Maßnahmen gegen Folter die verbindliche Einführung von Schutzmaßnahmen („Safeguards“): Zugang zu Anwalt und Familie, medizinische Versorgung, Vorführung vor einen Richter in Folterfällen, Kontrolle von Polizei und Gefängnissen, ungehinderter Zugang von Menschenrechtsorganisationen zu Gefängnissen. Das größte Hindernis im Kampf gegen Folter aber sei, dass Folterer straflos davonkämen.

Dass dies sogar in Fällen eingestandener Folter geschieht, zeigte Rechtsanwalt Bernhard Docke am Beispiel der USA. Dort wurde nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 gefoltert, aber kein Verantwortlicher sei zur Rechenschaft gezogen worden. Docke ist Anwalt des Bremer Bürgers Murat Kurnaz, der unschuldig von Januar 2002 bis August 2006 im US-Folterlager Guantánamo eingesperrt war. Die rot-grüne Bundesregierung habe sich nicht für Kurnaz eingesetzt, obwohl die Amerikaner ihn loswerden wollten. Das Verhalten des damaligen Kanzleramts- und heutigen

Außenministers Frank Walter Steinmeier (SPD) nannte Döcke „schäbig“. Er warf Steinmeier „Lüge“ vor. Dieser habe entgegen allen Tatsachen Kurnaz zum Sicherheitsrisiko erklärt und behauptet, die USA hätten Kurnaz nicht nach Deutschland ausreisen lassen wollen. Döcke: „Es hat nie eine offizielle Entschuldigung gegeben“, eine Entschädigung ebenso wenig. Er nannte den Vorgang eine „politische Schmierengeschichte“. Die heutige Regierung habe mehr zur Befreiung Kurnaz beigetragen als Rot-Grün.

Die Not der Folteropfer ist auch nach ihrer Rettung nicht beendet. Das zeigte in eindringlichen Worten Dr. Mechthild Wenk-Ansohn vom Behandlungszentrum für Folteropfer Berlin. Sie beschrieb Folter als „gezielte Demütigung“. „Folter zielt auf die Zerstörung des freien Willens, besonders bei politisch engagierten Menschen.“ Sie mache die Opfer vollständig abhängig. Deren Leiden setze sich nach der Befreiung fort, oft über Generationen. Das sei auch insofern unannehmbar, da „Gewalt neue Gewalt sät“. Die therapeutischen Möglichkeiten in Deutschland seien viel zu gering. Es gebe bei Weitem nicht genug Sozialarbeiter für Folteropfer, von denen immer mehr nach Deutschland kämen, vor allem aus Syrien und dem Irak. Notwendig sei auch eine Fortbildung für Ärzte und Psychologen. „Aber in Deutschland findet sich keiner, der sich dafür zuständig fühlt.“

Der Zugang zur Rehabilitation werde „bereits auf dem Fluchtweg abgeschnitten“. Sowohl auf den Booten als auch in Europa begegne den Flüchtlingen Gewalt. Als Beispiele nannte sie Schläge, den Einsatz von Elektroschockern, den Zwang, sich zu entkleiden, oder die Drohung, von den eigenen Kindern getrennt zu werden.

„Folter ist eine brutale Menschenrechtsverletzung, man kann das nicht oft genug wiederholen“, sagt Amnesty-Bezirkssprecher Florian Oswald. Darüber wollte Amnesty aufklären am 26. Juni. Und das sei gelungen. „Auf unserer Demonstration und der Podiumsdiskussion haben wir viele Menschen erreicht.“ Nicht einmal Nieselregen konnte die Menschenrechtsaktivisten bremsen. „Für unseren Bezirk Berlin-Brandenburg sind diese Aktionen Ansporn, im Kampf gegen die Folter weiterzumachen.“ Florian Oswald kündigt die nächste Amnesty-Aktion schon an: „Am 9. Juli und am 6. August, jeweils um 13 Uhr, werden wir erneut vor der Botschaft Saudi-Arabiens stehen und die Freilassung von Raif Badawi fordern.“ Der Blogger ist zu zehn Jahren Haft und 1000 Stockschlägen verurteilt worden, weil er seine Meinung gesagt hat. „Einer der wichtigsten Handels- und Rüstungspartner Deutschlands bricht brutal Menschenrechte, nicht nur im Fall Badawi. Politik und Wirtschaft müssen endlich etwas tun.“

**Ausführliche Presseinformationen und Fotos zum 26. Juni:**

<http://www.amnesty-bb.de/pressebereich>

**Hintergrundinfos zur Stop-Folter-Kampagne von Amnesty International:**

<https://www.amnesty.de/stop-folter-fuer-eine-welt-frei-von-folter>

**Amnesty-Jahresbericht 2014/15:** <https://www.amnesty.de/amnesty-international-report-20142015>

---

Christian v. Ditzfurth

Amnesty International Bezirk Berlin-Brandenburg | Pressereferat

presse@amnesty-bb.de | 0171-4885568

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**

